

DAS NACHRICHTENPORTAL RHEIN-NECKAR

morgenweb

TRASSEN-DISKUSSION: Gewerkschaften fordern die Bildung eines Gremiums mit starker regionaler Beteiligung, das eine überarbeitete Gesamtplanung auf den Weg bringt

Projektbeirat soll neues Bahn-Konzept entwickeln

BERGSTRASSE. Für den erforderlichen Ausbau der Bahnstrecken zwischen Frankfurt und Karlsruhe braucht es ein neues Bahnverkehrs-Gesamtkonzept. Davon sind der DGB sowie die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) Südhessen ebenso überzeugt wie die Interessengemeinschaft Bahnregion Rhein-Neckar 21 (IG BRN 21). Die Belange der bestehenden Bahnstrecken müssen bei dieser Planung hinsichtlich ihrer Leistungskapazitäten und des erforderlichen Lärmschutzes einbezogen werden, fordern sie in einer gestern veröffentlichten gemeinsamen Erklärung.

Gemeinsam fordern sie, ein entscheidungsbefähigtes politisches Gremium einzusetzen. Dies soll die anstehenden Planungen konstruktiv zu einem Ergebnis führen. Dabei, so ihre Forderung, seien die Bedürfnisse der Regionen zu berücksichtigen.

Der Bundesverkehrsminister, die Bahn AG sowie die Verkehrsminister der Länder Hessen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz werden daher aufgerufen, schnellstens tätig zu werden.

Der Großraum Südhessen und die Metropolregion Rhein-Neckar/Nordbaden müssten, so wird in der Erklärung weiter gefordert, frühzeitig die neue regionale Infrastrukturplanung der Bahn durch einen unabhängigen "Projektbeirat" unter Einbeziehung der Regionen begleiten.

Das neue Bahnverkehrs-Gesamtkonzept sei unter Berücksichtigung der bestehenden Bahnstrecken so auszurichten, dass Menschen und Umwelt so wenig wie möglich belastet werden. Für die neue Strecke könnten Tunnel- oder Troglösungen, alternative Trassierungen und andere Maßnahmen des Lärmschutzes in einem Umfang notwendig werden, der über das gesetzliche Maß hinausgeht. Die physikalischen Vorteile der Lärmquellenbündelung mit den parallel führenden Autobahnen A5/A67 sollten, so heißt es in der Erklärung, zuallererst dem Güterverkehr zugutekommen. Diese Vorteile dürften "nicht an den Hochgeschwindigkeitsverkehr verschenkt werden".

Zugleich wird auf verschiedene Beispiele verwiesen, in denen die Arbeit von Projektbeiräten sehr hilfreich gewesen sei. So habe der Bundestag erst zu Jahresbeginn das Planungsergebnis, das der "Projektbeirat Rheintalbahn" für die Region Südbaden erzielt hat, als beispielhaft gewürdigt. Eine vergleichbare Vorgehensweise kam in Norddeutschland mit dem "Dialogforum Nord" zur Anwendung.

"Das verlärmte Mittelrheintal mit der parallel verlaufenden reinen ICE-Strecke Frankfurt-Köln ist ein mahnendes Beispiel für Fehlentscheidungen. Wir haben dieses Mal die wahrhaft historische Chance - wirksam für jetzt und für die Zukunft -, diese Fehler zu vermeiden und die Güterzüge auf der neuen Strecke zu bündeln", sagte Gunther Mair, Sprecher der Interessengemeinschaft. *red*

Donnerstag, 31.03.2016